

Androsch sorgt sich um Heer

Aus für Eurofighter
soll Heer entlasten.
Gespräche über
Koalition stocken.

Wien – Der Industrielle Hannes Androsch warnt vor einem „Aushungern“ des Bundesheeres im Zuge der Koalitionsverhandlungen. Die Volksbefragung im Jänner habe ein Votum für die Wehrpflicht gebracht – dann brauche das Heer aber auch ein „Mindestmaß an Ausrüstung, Infrastruktur und Gerät“, sagte Androsch zur *TT*. Er schlug vor, die Eurofighter einzustellen, um dem Heer mit den dadurch frei werdenden Mitteln finanziellen Spielraum zu verschaffen. Nötig sei auch ein neues Dienstrecht, „das die Voraussetzungen schafft, dass Berufssoldaten mit 45 Jahren ausreichend qualifiziert sind, um in der Privatwirtschaft anzudocken“.

Die Koalitionsverhandlungen stocken indes: Bestes Beispiel dafür ist das Kapitel Landwirtschaft. Hier wurden die Gespräche vorerst auf Eis gelegt, weil sich die Spitzen von ÖVP und SPÖ noch nicht über das Ausmaß der Kofinanzierung von EU-Förderungen geeinigt haben. (*TT*)



Der rot-schwarze Mutbeweis fehlt

Ausgerechnet SPÖ und ÖVP, die das Land jahrzehntelang regiert und unter sich aufgeteilt haben, müssen jetzt neue und innovative Ideen liefern. Dieser große Wurf ist notwendig, bisher aber nicht in Sicht.

Von Wolfgang Sablatnig

Wir schreiben mittlerweile die Woche zehn nach der Nationalratswahl. Ein Ergebnis der Koalitionsverhandlungen ist aber nicht in Sicht, auch wenn allen handelnden Personen klar ist, dass sie sich beeilen müssen, wenn sie – wie ursprünglich geplant und von Bundespräsident Heinz Fischer mit Nachdruck gefordert – vor Weihnachten abschließen und die neue Koalition dem Nationalrat vorstellen wollen. Heute in drei Wochen ist Bescherung. Bei allen vorgeschriebenen und wegen der nahenden Feiertage realistischen Fristen bleibt für die programmatischen Einigungen nur noch diese Woche samt Wochenende.

Der berühmte „große Wurf“, ein „Leuchtturm-Projekt“ für die Neuauflage der rot-schwarzen Koalition, ist aber nicht in Sicht. In der Schule dürfte vieles so bleiben wie bisher. Auch die „Gesamtschule light“ mit einer Bildungsentscheidung nach sechs statt bisher vier Schuljahren scheint wieder vom Tisch. Zu bleiben droht dann aber auch die Auseinandersetzung zwischen SPÖ und ÖVP über die Gesamtschule – außer, die beiden Parteien schaffen es, diesen ideologischen Grundkonflikt erst im nächsten Wahlkampf wieder auszugraben.

Bei den Pensionen wiederum sind Rot und Schwarz bei einer Auseinandersetzung über automatische Anpassungen im Pensionsrecht angelangt – und somit bei einem Streit, der schon vor fünf Jahren zur Zerrüttung der Regierung von Alfred Gusenbauer und Wilhelm Molterer beigetragen hat. Ebenso alt sind die Bruchlinien in Sachen Budget und Privatisierung.

Fragt sich nur, wie SPÖ und ÖVP auf dieser Basis weiterregieren wollen. Sie stecken in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite haben sie das Land jahrzehntelang regiert und unter sich aufgeteilt – und jetzt sollen ausgerechnet sie ein neues und innovatives Programm liefern. Genau diese Überraschung müssen sie aber liefern – zu ihrer eigenen Motivation und zu der der Wählerinnen und Wähler.

Ob sie gleich die Eurofighter am Boden lassen müssen, wie Hannes Androsch vorschlägt, um mit den dadurch frei wer-

denden Mitteln den Betrieb des restlichen Bundesheeres zu finanzieren, sei dahingestellt.

Jedenfalls aber gibt der Industrielle und frühere Spitzenpolitiker eine Marschrichtung vor, die auch für Werner Faymann und Michael Spindelegger gelten müsste: keine Tabus, Mut zu neuem Denken und nichts nur deshalb beibehalten, weil es immer schon so war.



Androsch will Eurofighter „abschaffen“

Industrieller fordert ausreichend Geld für Heer und Unis sowie Studiengebühren mit Rückerstattung für Inländer.

Von Wolfgang Sablatnig

Wien – Bei der Bundesheer-Volksbefragung im Jänner hat der Industrielle Hannes Androsch als „Standarten-träger“ vergeblich für eine Abschaffung der Wehrpflicht geworben. Jetzt fordert er im Gespräch mit der *Tiroler Tageszeitung*, die Wehrpflichtigen-Armee im Zuge der Koalitionsverhandlungen nicht „auszuhungern“. Um dem Heer finanziellen Spielraum zu verschaffen, plädiert Androsch dafür, die Eurofighter stillzulegen und die Luftraumüberwachung stattdessen im Verbund mit anderen Staaten zu erledigen.

Androsch gehörte auch einem von Ex-Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) eingesetzten Beirat zur Bewertung der unter Vorsitz des Wiener Altbürgermeisters Helmut Zilk ausgearbeiteten Bundesheer-Reform an. Nun schließt er sich der Warnung vor einem drohenden Finanzkollaps des Heeres an, die führende Offiziere schon länger äußern. Androsch: „Es

„Ich bin überzeugt, dass beim Heeresbudget die Untergrenze erreicht ist – mehr als erreicht ist.“

Hannes Androsch

gibt eine absolute Untergrenze. Und ich bin überzeugt, dass diese Grenze erreicht ist. Mehr als erreicht ist.“

Am Ergebnis der Volksbefragung für die Wehrpflicht will er nicht rütteln. „Aber dann muss man dieser Entscheidung auch Rechnung tragen. Und dass das ohne entsprechende Mittel und Ausstattung geht, ist eine Illusion. Wenn man den Wehrdienst haben will, muss klar

sein, dass das nicht nur eine Beschaffungseinrichtung für den Zivildienst sein kann.“

Letztlich wären bei weiteren Budgetkürzungen auch die mit der Sicherheitsstrategie beschlossenen Aufgaben des Heeres bis hin zur Katastrophenhilfe nicht mehr erfüllbar, warnt der Industrielle. Das Heer brauche etwa Ersatz für einen Teil seiner in die Jahre gekommenen Hubschrauber-Flotte.

Vor diesem Hintergrund stellt er die Frage nach dem Betrieb der Eurofighter. Androsch: „Das ist meine ungeschützt persönliche Meinung: abschaffen und allenfalls einen Dienstleistungsvertrag zur Luftraumüberwachung mit der Schweiz.“

Androsch hätte aber auch keine Berührungsängste vor einer Zusammenarbeit mit Nato-Staaten. Über die europäische Sicherheitspolitik sei Österreich da ohnehin schon „angedockt“. Die Neutralität



Der Industrielle Hannes Androsch warnt die Koalitionsverhandler vor einem „Aushungern“ von Universitäten und Bundesheer. Foto: APA/Schlager

haben ihren Stellenwert, müsse aber heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Androsch warnte aber auch vor einem Aushungern der Universitäten. Als einen Teil

der finanziellen Absicherung

– und als Steuerung für den Zugang – kann er sich auch die Wiedereinführung von Studiengebühren vorstellen, die Inländern über die Studienförderung rückerstattet würden.